

„Bauschutt soll nicht nach Käseburg“

ATOMENERGIE Grüne im Landtag fragen nach Standorten für Deponierung – Reststoffe aus Kleinensiel

BRAKE/HANNOVER/ULS – Die Zeit der Atomkraftwerke läuft ab. Beim Rückbau fallen laut Dragos Pancescu (Bündnis 90/Die Grünen) große Abfallmengen an, die aus dem Strahlenschutz entlassen und für eine konventionelle Entsorgung „schwach radioaktiv freigegeben“ werden. „Diese Abfälle werden in der Regel offenbar in Müllverbrennungsanlagen oder auf Bauschuttdeponien entsorgt“, so der Landtagsabgeordnete. In der Wesermarsch könnte laut Pancescu der Schutt vom Rückbau des

Kernkraftwerks Unterweser (KKU) in Kleinensiel vielleicht auf der Hausmülldeponie in Brake-Käseburg landen.

Anfrage gestellt

Die Grünen im Landtag wollen mit einer Anfrage in Erfahrung bringen, wo die Entsorgung dieser Reststoffe aus zurück gebauten Kernkraftwerken vorgesehen ist und ob genug Kapazitäten vorhanden sind. „Wir wollen wissen, wo und wie diese Rückbauabfälle entsorgt werden“, merkt Pan-

cescu an. „Vor zwei Jahren war ich mit Vertretern der Bürgerinitiative aus Käseburg im Umweltministerium vorstellig. Uns wurde damals ein Gutachten zugestellt. Darin sollte festgelegt werden, ob Atom-müll in Käseburg gelagert werden soll. Gleich nachdem es öffentlich gemacht wurde, ist das Gutachten quasi zurückgenommen worden“, betont der Parlamentarier. Es sei zu einem „Nichtgutachten“ erklärt worden. Zwei Jahre danach ließe man „bewusst die Bevölkerung im Nebel“, kriti-

siert er. „Die Abfälle müssen sicher entsorgt werden. Es ist klar, dass die Bevölkerung hier informiert und einbezogen werden will, um eine akzeptierte Lösung zu erzielen.“

Sicherheitskonzept

Pancescu verweist aber auch darauf, dass die Sicherheitskonzepte zur Abfallfreigabe überarbeitet werden müssen: „Beim Strahlenschutz gilt das Minimierungsgebot, denn auch von Niedrigstrahlung gehen Risiken aus.“

Es gebe keinen Schwellenwert für die Schädlichkeit von Strahlung. Eine bundesweite Dokumentation des Verbleibs der Abfälle und ein Monitoring der Strahlenbelastung sei nicht vorgesehen, weshalb eine Konzentration nicht ausgeschlossen werden könne, kritisiert er. Um die Belastungen der Bevölkerung so gering wie möglich zu halten, müsse die Freigabep Praxis überprüft werden. Die Grünen in Brake fordern nach seinen Worten die Entsorgung auf einer Sondermülldeponie.